

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Die Entscheidung in Preußen.

**Der kommunistische Mißtrauensantrag bei Stimmengleichheit abgelehnt.
Mißtrauensantrag gegen Braun als Unterrichtsminister mit
220 gegen 217 Stimmen angenommen.
Mißtrauensantrag gegen Braun als Finanzminister mit 221
gegen 218 Stimmen angenommen.**

Die Abgeordneten sind in großer Zahl erschienen, auch die Tribünen weisen einen nicht alltäglichen Besuch auf. Mit geringer Verspätung eröffnet Präsident Bartels die Sitzung, und nach einigen geschäftlichen Mitteilungen tritt man in die Tagesordnung ein. Erster Punkt ist der kommunistische Amnestieantrag, der bereits die Ausschußberatung passiert hat. Ein Antrag der Kommunisten, mit der Verhandlung noch zwei weitere Amnestieanträge ihrer Partei zu verbinden, scheitert an dem Widerspruch der Rechten.

Der Zentrumsabgeordnete Goebel berichtet über die Ausschußverhandlungen und wiederholt u. a. die Feststellung des Justizministeriums, daß die Zahl der politischen Gefangenen in Preußen nicht, wie die Kommunisten tagaus tagein durch alle Gassen schreien, 8000 beträgt, sondern nur 500. Die Kommunisten rufen „Schwindel“. Die Ausführungen des Berichterstatters werden durch lebhafteste Gespräche der Abgeordneten fast unverständlich gemacht, zumal er sich keine Mühe gibt, durchzubringen. Der Präsident mahnt vergebens zur Ruhe.

Um 4 1/2 Uhr beendet Goebel seine Ausführungen und es spricht der völkische Dr. Körner. Solange die jetzigen Zustände bestünden, seien auch die Völkischen für Amnestie. Noheitsdelikte würden jetzt viel zu schwer bestraft im Vergleich zu der planmäßigen Bewucherung des Volkes durch das jüdische Erbkapital.

Um 1 Uhr wird die Beratung unterbrochen und es sollen nun die drei namentlichen Abstimmungen beginnen. Als erster Antrag soll über das kommunistische Mißtrauensvotum gegen die Regierung entschieden werden.

Da ergreift die Deutsche Volkspartei die Initiative zu einem höchst lächerlichen Durcheinander. Der kommunistische Antrag hat nämlich auch eine Begründung, die den Parteien der Rechten, so sehr sie für ein Mißtrauensvotum sind, nicht paßt. Daher verlangen die Volksparteiler getrennte Abstimmung über Tenor und Begründung.

Nach einigem Hin und Her stellt der Präsident aus der Geschäftsordnung fest, daß, wenn über eine Teilung der Abstimmung keine Einigung zu erzielen ist, in erster Linie der Antragsteller zu bestimmen habe.

Antragsteller ist der Kommunist Piesch, er erklärt sich gegen eine Trennung, fügt aber hinzu, daß die Kommunisten das Mißtrauensvotum beantragen und es anderen Parteien, die aus anderen Ermägungen für diesen Antrag stimmen, überlassen, diese Abstimmung in der Öffentlichkeit so zu begründen, wie sie wollen.

Aber die Volksparteiler sind noch nicht zufrieden, sie verlangen, daß der kommunistische Antrag verlesen werde. Präsident Bartels hält ihnen mit vollem Recht entgegen, daß doch jeder Abgeordnete im Besitz des gedruckten Antrages ist. Darob großes Heulen und Wehklagen des Volksparteilers Stenkel über den Präsidenten, der einer Bitte nicht nachgibt. Bartels ist aber nicht so unbarmherzig und erklärt sich bereit, den Volksparteilern den Antrag nochmals vorlesen zu lassen.

Es gibt wieder einiges Hin und Her, und nun stellt der Zentrumsabgeordnete Dr. Heß den Antrag, die Drucksache 62 — das ist der kommunistische Antrag — zu verlesen. Da gegen die Verlesung Proteste laut geworden waren, läßt der Präsident nun über diesen Antrag Heß abstimmen. Für ihn stimmen die Koalitionsparteien, gegen ihn die Kommunisten und die ganze Rechte — einschließlich derselben Volkspartei, die zuerst die Verlesung verlangt und um sie gewimmelt hatte. Der Antrag auf Verlesung erscheint abgelehnt, es folgt die namentliche Abstimmung über den kommunistischen Antrag.

Unter ungeheurer Spannung gibt Präsident Bartels kurz nach 4 1/2 Uhr das Ergebnis bekannt:

Abgegeben sind 442 Karten, die sämtlich gültig sind. Der Stimme enthalten hat sich kein Teilnehmer der Abstimmung. Mit „Ja“ stimmten 221, mit „Nein“ 221.

Die verfassungsmäßig notwendige Mehrheit beträgt 226. Es hat also der Mißtrauensantrag die erforderliche Mehrheit nicht erlangt.

Dieses Ergebnis wird mit einem ungeheuren Hallo aufgenommen.

Vor den acht fehlenden Abgeordneten ist einer Mitglied der Deutschen Volkspartei, er soll noch am Nachmittag in Berlin eintreffen, drei sind Kommunisten und vier Zentrumsmitglieder, von denen drei krank sind.

Es folgt nun der deutschnationale Mißtrauensantrag gegen das gesamte Staatsministerium, dessen Mitglieder in dem Antrag einzeln angeführt sind. Die Deutschnationalen beantragen, getrennt abzustimmen, und zwar: 1. Mißtrauen gegen Braun als Unterrichtsminister, 2. Mißtrauen gegen Braun als Finanzminister, und 3. Mißtrauen gegen Braun als Ministerpräsident. Ueber die anderen Minister soll gemeinsam abgestimmt werden.

Abg. v. Campe (D. Sp.) meint, der Minister, um den es sich handle, solle bei der Vertrauensfrage nicht mit abstimmen. (Die Minister haben zum größten Teil ihre Abgeordnetenplätze eingenommen.)

Der deutschnationale Vorschlag, dem stattgegeben werden muß, weil er vom Antragsteller ausgeht, entspringt natürlich einer Spekulation darauf, daß bei einer solchen Reihe von namentlichen Abstimmungen das Gleichgewicht zwischen Regierungsparteien und Opposition durch irgendein zufälliges Fehlen eines Abgeordneten umgestürzt werden könne.

Es wird zunächst über Braun als Unterrichtsminister namentlich abgestimmt. Als die Abstimmung geschlossen und das Ergebnis in Feststellung begriffen ist, ertönt ein Mitglied der Rechten zur Präsidiumtribüne, um noch seine Karte abzugeben. Die Linke protestiert stürmisch. Selbstverständlich kann er auch nicht mehr abstimmen.

Das Ergebnis dieser Abstimmung ist: von 437 abgegebenen gültigen Stimmen — enthalten hat sich keiner — sind 220 „Ja“ und 217 „Nein“.

Der Mißtrauensantrag gegen Braun als Unterrichtsminister hat somit die Mehrheit. (Stürmischer Beifall rechts.)

Präsident Bartels: Der Antrag ist angenommen, aber er hat keine verfassungsmäßige Wirksamkeit, denn er hat aus sich nicht die Hälfte aller Abgeordneten vereinigt, die nach der Verfassung für ein gültiges Mißtrauensvotum erforderlich ist.

Abg. von Campe (D. Sp.) protestiert gegen diese Erklärung; es handle sich nicht um die Entziehung eines schon ausgesprochenen Vertrauens, sondern um die Verlesung des ersten Vertrauens, dessen jeder Minister bedürfe, und dazu genüge einfache Mehrheit.

Der Präsident bleibt unter Berufung auf die Verfassung bei seiner Auffassung, während die Deutschnationalen die Auffassung von Campes unterstützen und behaupten, Braun könne nicht mehr als Unterrichtsminister amtieren.

Abg. Grefzin (Soz.) betont, daß diese schwierige verfassungsrechtliche Frage nicht einfach durch Mehrheitsbeschluß entschieden werden könne, sondern vom Verfassungsausschuß eventuell auch vom Staatsgerichtshof geprüft werden müsse. (Lachen rechts.)

Die verfassungsrechtliche Debatte geht noch eine Weile weiter, ohne Neues zu bringen. Präsident Bartels schließt sie mit der Erklärung, daß es bei dem bleibe, was er erklärt habe.

Es folgt die namentliche Abstimmung über das deutschnationale Mißtrauensvotum gegen Braun als Finanzminister.

Die Abstimmung über den Finanzminister Braun ergibt bei 439 Abstimmenden 221 „Ja“ (stürmisches Bravo rechts) und 218 „Nein“.

Präsident Bartels erklärt wiederum, daß der Antrag angenommen sei, aber seine verfassungsmäßige Wirksamkeit habe, da er nicht die erforderliche Stimmenzahl auf sich vereinigt hat.

Es folgt die gemeinsame namentliche Abstimmung über das deutschnationale Mißtrauensvotum gegen den Ministerpräsidenten Braun, den Innenminister Severing und den Handelsminister Sieting. Hierbei ist es unbestritten, daß zur verfassungsmäßigen Gültigkeit dieses Mißtrauensvotums 226 Stimmen notwendig wären, da es sich um Minister handelt, die im Besitz früherer Vertrauenskundgebungen sind.

Mit gedämpftem Trommelklang. Nachworte zur Reichstagsabstimmung.

Gestern ist das letzte Siegel unter das Handelsgeschäft gedrückt worden, das am 28. August 1924 zwischen Volkspartei und Deutschnationalen eingeleitet wurde. Das Geschäft ist perfekt, für gelieferte Gesinnung haben die Deutschnationalen vier Ministerposten bezogen und eine Reichstagsmehrheit, die sie im Genuß des Kaufpreises läßt. Sie könnten sagen: das Geschäft ist richtig. Aber es ist ihnen nicht wohl. Sie wissen noch nicht, ob sie nicht vielleicht zu viel gezahlt haben, oder ob sie nicht bald vor einem Bankrott stehen.

So übt die Rechtspresse in der Wertung der Abstimmung im Reichstag, die der Rechtsregierung die Möglichkeit der Existenz gab, eine bemerkenswerte Zurückhaltung. Nur die „Kreuzzeitung“ redet vom „Sieg des bürgerlichen Kabinetts gegen die vereinigte Internationale“, und der „Tag“ vergleicht gar den 22. Januar 1925 mit 1813 — lächerliche Uebertreibung und Kennzeichen größter Bescheidenheit der Ansprüche zugleich. Die „Deutsche Tageszeitung“ jedoch hat es mit der Zukunft:

„Das Kabinett Luther wird gewiß zunächst mit mancherlei Schwierigkeiten zu kämpfen haben; die innere Umstellung gegenüber dem bisherigen Zustande vollzieht sich nicht von heute auf morgen. Aber es kann eine neue Entwicklung der inneren Situation anbahnen, die sich dann entsprechend auch nach außen hin auswirken wird. Um des deutschen Volkes willen hoffen wir darauf. Kommt die Tat, kommt das befreiende Handeln, so bleibt der Spuk der Krisentreiber, der sich in den letzten Tagen noch so breit gemacht hat, gebannt, wie er es bei der gestrigen Abstimmung war.“

Innere Umstellung, befreiendes Handeln — das sind vage Andeutungen, die sehr lebhaft an die Phrasologie des Putzschismus erinnern. Befreiendes Handeln — wovon sollen wir denn befreit werden, von der Republik oder von der Verfassung? Das erste haben die Herren doch eben feierlich abgeschworen, nicht wahr? Herr Schiele hat ebenfogut den Eid auf die Verfassung geschworen wie Herr Kanitz, Herr Schlieben schwört zugleich Treue und Gehorsam für den Kapitalverleiher und für die Republik, und Herr Neuhaus hat seine Gewissensbedenken wie seine religiösen Bedenken überwinden. Was das zweite anbelangt, so hat Herr Luther erklärt, er werde verhandeln.

Wo bleibt da die Tat, die rettet, die Tat, die befreit?

Das offizielle Organ der Deutschnationalen, die „Nationalpost“, schreibt:

„Die Deutschnationale Volkspartei hat zwar nicht leichten Syrzens, aber doch in einmütiger Entschlossenheit die Regierungserklärung gebilligt, und ist bereit, das Kabinett Luther tatkräftig zu unterstützen. Sie wird sich darin auch nicht durch die törichten Angriffe der Linken auf ihre Stellung zu den tiefsten Fragen des staatlichen Lebens beeinflussen lassen. Sicherlich haben diese Angriffe, die in ihrer Wirkung und vielfach auch in ihrer Absicht auf eine Diskreditierung der neuen Regierung im Auslande hinauslaufen, mit der von ebendenselben Linken in Erbpacht genommenen staatsbürgerlichen Gesinnung nicht das geringste zu tun. In keinem anderen Lande der Welt würde die Opposition es fertig bringen, dem Auslande Material gegen die eigene Regierung in die Hand zu geben, nur um ihre eigenen innerpolitischen Parteiinteressen dadurch zu fördern.“

Es ist also Landesverrat, einen Deutschnationalen einen Deutschnationalen und einen Monarchisten einen Monarchisten zu nennen! Eine interessante Argumentation! Die Herren wissen also, daß eine deutschnationale und monarchistische Regierung den Interessen Deutschlands schadet, und sie wollen deshalb ihre deutschnationale monarchistische Gesinnung hinweggelogen haben. Es ist der Geist der Lüge und des Betrugs, der die Politik dieser Leute beherrscht.

In einem aber ist die deutschnationale Presse undankbar. Das Geschäft ist perfekt — wo bleibt der Dank an den Vermittler? Hat sich Herr Stresemann nicht genug für die deutschnationale Firma bemüht? War er nicht eines Dankes, sagen wir: wenigstens einer lobenden Erwähnung wert? Aber die Firma schweigt, so wie Herr Stresemann selbst in der Reichstagsdebatte geschwiegen hat. Undank ist der Welt Lohn.

Indessen ist er nicht ganz vergessen. Da die Rechtspresse ihn nicht einmal lobend erwähnt, erhält er von der „Germania“ ein Zeugnis:

„Jetzt aber, wo durch das staatspolitische Verantwortlichkeitsbewußtsein der Zentrumsfraktion dem neuen Kabinett die Arbeitsmöglichkeit geschaffen worden ist, dürfte es notwendig sein, nochmals mit allem Nachdruck zu betonen, daß die Zentrumsfraktion für die unerträglich lange Krisenzeit, die hinter uns liegt, ja, die im Grunde genommen bis in den Mai des vorigen Jahres zurückreicht, nicht im geringsten die Verantwortung trägt, daß sie vielmehr lediglich auf der Deutschen Volkspartei lastet. Die Kabinettsprüfungen, die sie im letzten Jahre vorgenommen hat, waren sachlich niemals berechtigt und bedeuteten jedesmal eine außerordentliche Gefahr für das ganze Reich. Die Deutsche Volkspartei hat für ihre Handlungsweise auch niemals überzeugende sachliche Gründe ins Feld führen können.“

Er (der Beschluß der Volkspartei) ist der Urheber und der erste Grund aller Unzulänglichkeiten geworden und aller widerlichen Begleiterscheinungen der Regierungskrisis, die wir seit dem 7. Dezember erleben mußten. Da er sachlich durchaus unberechtigt war, wurzelt in ihm auch die volle Verantwortlichkeit für die Gefahren und Unzulänglichkeiten, die die kommende Politik unweigerlich, vor allem für das sozialwirtschaftliche Leben innerhalb Deutschlands im Gefolge haben wird.“

Da hat Stresemann seine Quittung. Am Kopfe dieses Zeugnisses steht: „Was wir nicht vergessen wollen.“ Es wird ihm ohnehin nicht vergessen werden.

Richtigstellung.

Genosse Hermann Müller-Franker schreibt uns, daß sich in dem Bericht über seine gestrige Reichstagsrede eine Reihe Fehler befinden, von denen folgende der Richtigstellung bedürfen:

Zur Affäre Kutischer habe ich nicht gesagt, daß diese Affäre mit allen bürgerlichen Parteien in Zusammenhang gebracht werden könnte, sondern laut Stenogramm:

„Was zunächst Kutischer angeht, so stelle ich fest, daß meines Wissens K. noch mit keinem Politiker in Zusammenhang gebracht worden ist, trotz der vielen falschen Behauptungen, die aufgestellt worden sind.“

Ich habe weiter nicht behauptet, daß der Kutischer-Konzern 34, sondern der Michael-Konzern 44 Millionen von der Post bekam, von denen 19 in bar und nicht 15, sondern 25 von der Staatsbank im Mai abgedeckt wurden.

Ich habe nicht gesagt, daß Delbrück am 4. April 1873 im Reichstage erklärt habe, daß es außerhalb der Macht der Regierung stünde, die Verbindung zwischen Staatsbeamten und Gründern zu hindern, sondern daß Delbrück damals erklärt hat:

„Es liegt außerhalb der Macht eines jeden Gesetzgebers, heute, die nun einmal ihr Geld los werden wollen, daran zu hindern.“

Als ich davon sprach, daß Barman den Unternehmungen der Partei keine Zuwendungen gemacht hätte, mit Ausnahme des eingegangenen Gespenster Blattes, habe ich laut Stenogramm nicht von 1500, sondern von 15 000 M. gesprochen, die diesem 1919 gegeben wurden.

Ich habe endlich von einem Briefe des Abgeordneten Feder gesprochen, der in der Broschüre der Bayerischen Volkspartei über die Wollischen abgedruckt sei und nicht von einer Broschüre Feders für diese Partei.

Erwerbslosenunterstützung und Lohnhöhe.

Die Sätze der männlichen und weiblichen Arbeiter. Im Reichstagsausschuß für soziale Angelegenheiten kam ein Zentrumsantrag zur Sprache, der verlangte, daß die Spanne der Unterstützungssätze zwischen männlichen und weiblichen Erwerbslosen beseitigt werden soll. In den Erklärungen der früheren Reichsregierung zu dieser Frage heißt es, daß die wirtschaftlichen Auswirkungen einer solchen Gleichstellung bei der beabsichtigten Erhöhung der Sätze von sehr großer Bedeutung wären. Lediglich in einigen Industrien hätten die Frauen bei gleicher Leistung dieselben Lohnsätze errungen wie die männlichen Arbeiter. Im ganzen ständen die Löhne der weiblichen ungelerneten Arbeiterinnen dreißig Pro-

zent unter denen der männlichen ungelerneten Arbeiter. Die weiblichen gelerneten Arbeiterinnen hätten 20 Proz. geringere Löhne als die gleichen männlichen Arbeiter. Bei der Angestelltengruppe verringere sich die Spanne gemeinhin auf 10 Proz. Die augenblickliche Regelung der Erwerbslosenfürsorge trage also im Vergleich zu den Verhältnissen im Wirtschaftsleben schon sehr weitgehend dem Grundgedanken Rechnung, daß die Spanne zwischen weiblichen und männlichen Erwerbslosen an sich verhältnismäßig niedrig gemessen sei. Die Lohnifferenz sei aber keineswegs allein durch die Leistungsunterschiede, sondern vor allem durch die verschiedenartige Lebenshaltung bedingt. Gerade dieser Gesichtspunkt müsse bei der Bemessung der Spanne für Erwerbslose von ausschlaggebender Bedeutung sein. Sowohl Silbergleit wie König und Kuczynski haben berechnet, daß die Ernährungslohnkosten, und diese kommen bei der Bemessung der Erwerbslosenfürsorge in erster Linie in Betracht — einer Frau ungefähr 75 Proz. des Mannes betragen.

Der Ausschuß konnte die Gründe der Reichsregierung nicht anerkennen, stimmte vielmehr einstimmig für den Zentrumsantrag.

Im Reichstagsausschuß für soziale Angelegenheiten erklärte Geheimrat Weigert vom Reichsarbeitsministerium bezüglich der beantragten Gleichstellung von Mann und Frau bei der Bemessung der Unterstützungssätze in der Erwerbslosenfürsorge im Auftrage des Reichskabinetts, daß das Kabinett grundsätzlich damit einverstanden sei, wenn die Spanne zwischen männlichen und weiblichen Unterstützungssätzen verschwände, doch halte das Kabinett es vom wirtschaftlichen und vom sozialpolitischen Standpunkt aus für überaus bedenklich, wenn bei den Spitzenbeträgen der Unterstützungssätze sich eine Ueberschneidung der Arbeitslöhne ergebe.

Der Oberlandprozeß.

Frontbann und Schützenbund.

München, 23. Januar. (Eigener Drahtbericht.) Unter Vorsitz des Landgerichtsdirektors Zeiß begann heute vormittag vor dem Schwurgericht München der Prozeß gegen Dr. Weber, Regding, Dr. Alzheim und Generalmajor A. D. Wechter wegen Fortführung des verbotenen Bundes Oberland nach der Anklage sind Regding, Alzheim und Wechter Vorstandsmitglieder des „Deutschen Schützen- und Wanderbundes“ und haben als solche den seit dem 9. November 1923 verbotenen und aufgelösten Bund Oberland, dessen Mitglieder zum größten Teil dem Schützen- und Wanderbund beigetreten waren, mit gleichen Grundsätzen und Zielen fortgeführt, wobei Generalmajor Wechter die militärische Führung innegehabt haben soll. Dr. Weber, der zurzeit seine im Müller-Prozeß erhaltene Festungstrafe in Landsberg a. L. absüßt, soll diese Handlungsweise der genannten drei Herren durch mündliche Bepredungen und im geheimen schriftlichen Verkehr mit Rat und Tat unterstützt und besonders in der Frage des Frontbannes bestimmte Weisungen erteilt haben. Die Anklage stützt sich auf die Verordnung des ehemaligen Generalkommissars v. Rohr und § 47 StGB.

Vor Eintritt in die Verhandlung beantragte der Staatsanwalt den Ausschluß der Öffentlichkeit für die ganze Dauer des Prozesses, jedoch beschloß das Gericht, dem Widerspruch der Verteidigung folgend, daß zunächst in öffentlicher Sitzung verhandelt und nur von Fall zu Fall über den Ausschluß der Öffentlichkeit entschieden werden soll. Dann begann sofort die Verhandlung des ersten Vorsitzenden des Deutschen Schützen- und Wanderbundes, des dreißigjährigen Referendars Regding. Er gab zu, daß im wesentlichen die Einstellung des Schützen- und Wanderbundes die gleiche wie beim Oberland gewesen sei. Der Schützen- und Wanderbund sei im Sommer 1923 als Dachorganisation für kleinere Einzelvereine gebildet worden, die zur Propagierung der Ideen des Bundes Oberland gegründet worden waren. Die Mitgliedschaften des Schützen- und Wanderbundes seien besonders in Ostpreußen und Westfalen, aber auch in der Provinz Brandenburg wesentlich größer gewesen als die des Bundes Oberland. Nachdem der letztere dann im November 1923 verboten wurde, sei die Leitung des Schützen- und Wanderbundes immer mehr in die Oberlandleitung „hineingewachsen“. Hierzu wurde in der

Verhandlung festgestellt, daß dieses „Hineingewachsen“ sich nach außen hin schon dadurch dokumentierte, daß in den offiziellen Sitzungsprotokollen des Schützen- und Wanderbundes einfach nur noch vom „Oberland“ die Rede war. In einem aufgefundenen Brief eines Oberstleutnants Braune aus Sachsen heißt es wörtlich: „Das Wort „Oberland“ fällt weg, das Zeichen Edelweiß (Abzeichen des Bundes Oberland) genügt für uns eingeweihte Oberländer.“ Weiter ergibt sich, daß Regding auch Bewährungsabzeichen für verdiente Mitglieder des Bundes verleihe hat, wobei er die Urkunden des Bundes Oberland verwandte und unterzeichnete. Regding, erster Vorsitzender des Bundes Oberland.“ Der Angeklagte gibt zu, daß das von ihm „eine riesige Dummheit“ gewesen sei, aber „an Kleinigkeiten habe er sich nicht gestoßen“.

Ueberflüssige Kommunistenverfolgung.

Sturmjungen im bayerischen Landtag.

München, 22. Januar. (W.F.) In der heutigen Plenarsitzung des bayerischen Landtages kam es bei der Behandlung des Beschlusses des Geschäftsbearbeitungsausschusses, die Genehmigung zur Strafverfolgung der kommunistischen Abgeordneten Frau Uchenbrenner wegen Fortführung der verbotenen kommunistischen Partei und wegen Verbreitens kommunistischer Zeitschriften zu erteilen, zu wiederholten Lärmjungen. Im Verlaufe der Aussprache wurde von einem Redner der Bayerischen Volkspartei betont, vielleicht werde die Regierung bald veranlaßt sein, dem Hauze Belege darüber vorzulegen, aus welchen Gründen kürzlich in der Pfalz Verhaftungen von Kommunisten vorgenommen werden müßten. Die kommunistischen Redner erklärten hierauf, wenn die Pfälzer Arbeiter vor einem Jahr gewußt hätten, was sie heute wüßten, so wäre die Pfalz heute nicht mehr deutsch, sondern unter französischer Herrschaft.

In der Abstimmung wurde der Antrag des Ausschusses auf Genehmigung der Strafverfolgung der Abgeordneten Frau Uchenbrenner gegen die Stimmen der Sozialisten, Kommunisten und des früher völkischen, jetzt fraktionslosen Abgeordneten Streicher angenommen. Die Kommunisten antworteten auf die Abstimmung mit stürmischen Psii-Rufen, was der Präsident Königshauer als unanständig bezeichnete. Als darauf von Seiten der Kommunisten erneuter Lärm und Jurufe einsetzten, erklärte der Präsident, er werde unannehmlich von den geschäftsordnungsmäßigen Mitteln Gebrauch machen. Unter lebhaftem Beifall rechts und weiteren stürmischen Psii-Rufen der Kommunisten wurde schließlich eine Reihe von Kommunisten zweimal zur Ordnung gerufen und auf die Folgen eines dritten Ordnungsrufes aufmerksam gemacht. Allmählich trat dann wieder Ruhe ein.

Gegen die monarchistischen Treibereien.

Interpellation im Nationalrat.

Wien, 22. Januar. (N.) Die Sozialdemokraten haben im Nationalrat eine Interpellation gegen die von der Regierung erteilte Aufenthaltserlaubnis für mehrere Mitglieder des früheren Herrscherhauses eingebracht. Augenblicklich befinden sich in Oesterreich neben Leopold Salvator die Frauen Maria Bianca und Maria Annunziata, alle drei Habsburger, die nicht durch Verzicht auf Thronansprüche das Aufenthaltsrecht erworben haben. Die Interpellation spricht der Regierung das Recht ab, „Ausnahmeverfügungen zu treffen, die das Gesetz eigentlich aufheben“.

Dem früheren Ministerpräsidenten von Sachsen Zeigner wurde auf dem Disziplinarwege jedes Gehalt nach seiner rechtsgültigen Beurteilung entzogen und ihm nur für das Jahr nach seiner Haftentlassung ein gewisses Einkommen gesichert. Im übrigen stellt es die Disziplinarkammer in das Belieben der kaiserlichen Regierung, ob und inwieweit sie die Familie Zeigner während dessen Strafverbüßung unterstützen will.

Eine Redeblüte. In der Besprechung der Regierungserklärung im Reichstag entfuhr der Abg. Ruth Fischer folgender Satz: „Der Zentrumssturm wird an dieser Regierung einen Bissen in den Hagen kriegen, an dem er schwer zu fauen hat.“

Das Ende.

Von Hans Brun.

Kurzlich trefte ich eine alte Dame auf der Straße. Klein, unterleht, graue Haarsträhnen unter dem Hut. Eine graues Kostüm verrät seine Herkunft von einem jener mittleren Rohschneider, bei denen einstmal die Frauen des soliden Bürgertums ihre Kleidung herstellen ließen. Der Stoff sieht nicht neu aus, der Schnitt verrät mehrfache Umarbeitung. Im letzten Augenblick erst, wie sie mich ansieht, erkenne ich eine alte Bekannte.

Und dann erzählt sie. Hat sie mir schon einmal alles gesagt? Habe ich es sonst irgendwo gehört? Ich weiß das alles. Wie sie vor dem Kriege wohlhabend waren — und nicht zu sagen reich. Sie konnten nicht nur gut leben, sie konnten auch reisen. Ihr Mann ist lungenkrank. Jetzt geht es ihm einhüermachen, aber Berlin bekommt ihm nicht. Sie hatten doch stets das halbe Jahr im Süden verbracht damals, im Trieben, Meran und San Remo und Florenz. Die Sonne, die Berge, Italien und das tiefblaue Meer. Und die Eleganz, der Luxus, das Leben. Monte Carlo und das Kasino. Durch die Behmut der alten Frau bringt ein Venetianer.

Dann kam der Krieg, und da ging es noch. Nachher aber war das Vermögen zusammengeschnitten. Wohl spekulierten sie, so gut sie es verstanden. Sie lebten nicht einmal so schlecht, denn sie düntlen sich nicht arm bei den steigenden Zahlen. Als die Stabilisierung kam, war es zu Ende. Ihre Aktien, noch ein paar hundert Mark wert, sind nun ängst aufgebraucht. Das Rentnerelend war da.

In den letzten Monaten kamen die Bronzen daten, die paar echten Teppiche. Man oh kein Fleisch mehr. Die kleine alte Frau hat jetzt keinen Wertgegenstand mehr in der Wohnung. Sie sieht mich an und ich habe das Gefühl, sie liege schon im Grabe mit ihrem Mann.

Sie will ihre Wohnung verkaufen mit allem, was darin ist. dem Rest ihrer Einrichtung. Ein paar tausend Mark wird es doch dafür geben. Dann wollen sie wieder reisen wie früher: nach Monte Carlo und spielen.

Sie hat keine eleganten Kleider mehr. Sie wird eben in tiefer Trauer gehen, dann merkt man es nicht. Und ihre Brillanten wird sie tragen, denn die hat sie noch nicht verkauft.

Der Schmuck ist das letzte, wovon diese Frau sich trennt. Wie ich erstaunt darüber nachdenke, wird mir das Rätsel der kleinen alten Frau klar. In ihrem Brillantanhänger, ihren Augen strahlt ihr alles, was sie vom Leben einst erwartet hat und was es erfüllte. Dieser Schmuck war ihr das Symbol einer „geborenen Erbschaft“ in den Jahren des Glends. Er ist der Reichtum, den sie bewahrt hat für ihren Anspruch an das Leben, das Leben und den Luxus einer Oberklasse. Diesen Anspruch hat sie nicht aufgegeben, kann sie nicht aufgeben. Er beherrscht sie und bringt sie bis zur letzten Zustände des Bankrotteurs, des Abenteurers; dem Spielisch.

Und nun sehe ich nicht mehr die kleine Frau vor mir in ihrem abgetragenen Kostüm. Ich sehe ein Heer, eine ganze Klasse von Menschen, der mit ihrer gesellschaftlichen Bedeutung der moralische Holz verlorengegangen ist.

Ostdeutsches Landestheater.

Der Verband der deutschen Volksbühnenvereine hatte am Mittwoch zum Besuch einer Vorstellung der von ihm begünstigten und unterhaltenen Wanderbühne „Ostdeutsches Landestheater“ in Briesen eingeladen. Die Fahrt von Berlin nach Briesen und zurück erfolgte in dem der Truppe gehörigen neuen Personenstrafwagen, der Schaulpieler und Gepäck von Ort zu Ort fährt, sich aber auch auf dieser Fahrt von Gästen des Theaters aufs beste bewährte. Selbst die oft sehr wenig glatten Wege zwischen Berlin und Briesen überwand der Wagen mit einer Stundengeschwindigkeit von 35 Kilometern, ohne daß die Insassen allzu starken „Erschütterungen“ ausgesetzt waren.

Das Ostdeutsche Landestheater spielte in Briesen zunächst ein kleines Stückchen von Hans Sachs und dann Kleists unverwundlichen „Zerbrochenen Krug“. Die Vorstellung bewies vorbildlich, wie man auch kleineren Orten wirklich gute künstlerische Aufführungen darbieten kann. Der dem Theater gehörige, durch eine sinnvolle Konstruktion überall verwendbare Bühnenaufbau mit den falken schwarzen Samtvorhängen und den dazwischen gehängten farbigen Prospekten gab der an sich reizlosen Bühne des Schützenhauses einen ganz neuen künstlerischen Anstrich. Was in diesem wirklich schönen Bühnenraum geboten wurde, ragte weit über das hinaus, was sonst die Wandertheater in den kleinen Orten zu bieten vermögen. In dem Stückchen von Hans Sachs amüsierte die sehr lustige, an ein Kasperl-Theater erinnernde Inszenierung des Direktors A. Runge. In der von einseitlichem Geist erfüllten Inszenierung des „Zerbrochenen Kruges“ durch Erwin Kopp zeigten familiäre Parsteller ein gutes Können. Besonders traten der Adam des Peter Boh, der diese Gestalt vollständig und überaus beflüssigt auf die Bühne stellte, der Schreiber Licht des sein charakterisierenden A. H. Schrotz und die lebendige Ede der Käthe Riebe hervor.

Die Aufführung, der die junge Briesener Volksbühne ein vortreffliches Haus bot, bewies, daß das Ostdeutsche Landestheater sehr wohl berufen ist, die ihm zugedachte wichtige kulturelle Aufgabe zu erfüllen, d. h. auch abgelegenen kleinen Orten und den dort heute fast überall bestehenden Volksbühnen wertvolle künstlerische Darbietungen zu vermitteln.

Das Ostdeutsche Landestheater hat einen Bruder in dem ebenfalls vom Verband der deutschen Volksbühnenvereine begründeten und unterhaltenen „Mitteldeutschen Landestheater“, das in der Provinz Sachsen und in Anhalt spielt. Auch von seinen Aufführungen wird das Beste berichtet.

Wieviel Tiere und Pflanzen gibt es? Immer neue Tier- und Pflanzenarten werden entdeckt, so daß die Zahlen innerhalb der Organismenwelt ins Gigantische wachsen. So hat sich z. B. die Zahl der Insektenarten in den letzten 40 Jahren auf fast 400 000 erhöht, während man 1586 überhaupt „nur“ 272 000 Tierarten

kannte. Die Zahl der Gliedertier war unter den Tierarten mit 209 400, die der Wirbeltiere mit 24 700, die der Molusken mit 21 300 und die der übrigen Wirbellosen mit nur 16 000 Arten vertreten. Fast alle neuen Tierarten, die man entdeckt, gehören zu den Gliedertieren, und unter diesen wieder zur Klasse der Insekten. Unter anderem man doch heute, obgleich große Gebiete noch völlig unerforscht und andere zoologisch wenig bekannt sind, nach den Arten der Insekten allein 175 000 Käfer, 60 000 Schmetterlinge, 55 000 Hautflügler, 44 000 Zweiflügler, 33 000 Schnabelferle, 11 000 Geradflügler und 9000 andere Insekten. Die Gesamtzahlen der heute festgestellten Tier- und Pflanzenklassen gibt Prof. Wolff schätzungsweise in einem Aufsatz der in Frankfurt a. M. erscheinenden „Mischon“ an. Danach läßt sich die Zahl der heute bekannten Tierarten auf 465 000 schätzen. Dabei gibt es allein unter den Ameisen 6250 Arten. Doch auch die Pflanzen erreichen beträchtliche Ziffern. Von höheren Pflanzen waren 1917 149 500 Arten bekannt; dazu kommen 50 000 Pilze und rund 22 000 Algen, Moosle und Farne. Immerhin erreichen die Pflanzen mit 220 000 Arten doch noch nicht die Hälfte der Zahl der bekannten Tierarten.

Die Protokolle der Verfassungsausschüsse von 1848. Der Historiker J. G. Droysen, der als Mitglied der Nationalversammlung in der Paulskirche das Protokoll des Verfassungsausschusses führte, hat davon den ersten Teil im Jahre 1849 veröffentlicht. Der zweite Teil, die Verhandlungen von Mai bis September 1848, war bisher unbekannt; er ist erst jetzt in einer von dem Jenaer Juristen Rudolf Hübnert, einem Enkel Droysens, im Auftrag der Historischen Kommission bei der Bayerischen Akademie der Wissenschaften besorgten Veröffentlichung: „Aktenstücke und Auszeichnungen zur Geschichte der Frankfurter Nationalversammlung“ zugänglich gemacht worden.

Spielplanänderung in der Volkshöhle. Sonnabend wird statt Don Carlos „Salustiana“ gegeben. Die Schaufführung von Hebbel's Tragedie „Wer ein in um Rndena“ wurde auf Sonnabend, dem 31., verlegt.

Eine Trauerfeier ist Niels Rieth, der verheiratete Philosophieprofessor der Berliner Universität, veranlaßt die Kont-Gesellschaft am Sonnabend 7 1/2 Uhr im neuen Kulgebäude der Universität.

Museumsführungen. Sonntag, den 25., 10 Uhr vorm. finden wissenschaftliche Führungen durch Direktorialbeamte im Alten Museum (Hilfsheim: Silberfund) — Fr. Röhrer — und im Kaiser-Friedrich-Museum (Venedig im 15.—18. Jahrhundert) — Fr. Ködler — statt. Führungen zu 50 Pf. sind vor Beginn am Eingang der genannten Museen in beschränkter Anzahl erhältlich.

Der Straberg-Preis für 1925 in dem Buch „Lebensphilosophie“ (Vom 1923) verliehen.

Eröffnung der Universitätsbibliothek. An Antwerpsel der Unterrichtsministeriums und der kaiserlichen Behörden wurde die Universitätsbibliothek eröffnet.

Der Seiffenbau im Jahre 1924 betrug nach einer Statistik des Reichs 224 751 t, darunter von England allein 143985 t, d. h. 64 Proz. der gesamten Weltproduktion und 19124 t mehr als im Vorjahre. Die Produktion der übrigen Länder war: Tschechien 199302 oder 164321 t weniger als im Vorjahre 1923, Vereinigte Staaten 129462 t, Italien 82526 t, Frankreich 70465 t, Japan 76767 t, Dänemark 68887 t, Holland 68427 t. Am ganzen hat sich die Produktion der Welt gegenüber 1923 um 608 000 t vermehrt. Aber nur England hat eine Vermehrung der Produktion gegenüber dem Vorjahre zu verzeichnen.

Die Welt in Waffen.

Ein Rüstungsjahrbuch des Völkerverbands.

London, 23. Januar. (ZL.) Der Völkerverband hat neuerdings ein Rüstungsjahrbuch veröffentlicht. Aus diesem ergibt sich, daß zurzeit nicht weniger als 5 1/2 Millionen Mann unter Waffen stehen. Da die meisten Männer die Wehrpflicht bejahen, sei noch eine viel größere Anzahl jederzeit mobilisierbar. Die Schlachtflotte der Welt verfüge über ein Personal von 454 191 Mann. Es gebe 84 Schlachtschiffe und Schlachtkreuzer, 167 große und kleine Kreuzer, 1094 Torpedobootsversorger und 400 U-Boote. 4000 Flugzeuge und Luftschiffe ständen für Bombenangriffe und Luftlande zur Verfügung.

Zu dieser Zusammenstellung bemerkt der „New Leader“ (Soz.), die Aufrechterhaltung eines bedeutenden Teiles dieser Weltflotte sowie die Luftstützungen würden mit der Behauptung begründet, daß Deutschland noch eine Gefahr darstelle. „Es ist deshalb wesentlich“, schreibt das Blatt weiter, „wenn man sich vor Augen hält, daß in Deutschland nach dem Friedensvertrag die Wehrpflicht aufgehoben ist, das Heer auf 100 000 Mann beschränkt wurde und die Flotte nur aus sechs Schlachtschiffen, sechs leichten Kreuzern, zwölf Torpedobootsversorgern, zwölf Torpedobooten und kleinen U-Booten bestehen darf.“

Die deutschen „Verfehlungen“.

Aus dem Bericht der Militärkontrollkommission.

London, 23. Januar. (Eigener Drahtbericht.) „Morning Post“ teilt mit, daß der Bericht der Militärkontrollkommission über den Stand der deutschen Entwaffnung in der ersten Woche des Februar veröffentlicht wird. Zwischen den französischen und englischen Offizieren der Kommission habe es Meinungsverschiedenheiten über die Fassung des Berichtes gegeben. Die Engländer seien gegen die Aufzählung aller einzelnen Verfehlungen, hingegen für die Darstellung einiger unwiderleglicher Tatsachen, die die Stimmung des deutschen Volkes gegenüber der Entwaffnung klarlegen.

Paris, 23. Januar. (ZL.) Der Londoner Vertreter der Haager-Agentur macht eine Reihe von Angaben über den Inhalt des Schlussberichtes der interalliierten Kontrollkommission. Die interalliierten Vertreter in der Kontrollkommission hätten ihr übliches Einvernehmen über die von Deutschland begangenen Verfehlungen festgestellt. Obwohl eine offizielle Mitteilung von englischer Seite noch nicht vorliegt, kann berichtet werden, daß die maßgebenden englischen Kreise zu der Ueberzeugung gelangt sind, daß Deutschland die Bestrebungen vom Jahre 1914 nicht aufgegeben habe und die Befürchtungen der Alliierten begründet seien. Die interalliierte Kontrollkommission stellt keine Schlussfolgerungen auf; sie begnügt sich damit, Tatsachen mitzuteilen. Der Schlussbericht der Kontrollkommission besagt, daß Deutschland die fünf Punkte, die die Vorkonferenz in ihrer Rote vom 29. September 1922 der Reichsregierung mitteilte, nicht erfüllt habe. Die Kontrollkommission gelangt zu folgenden Feststellungen:

1. daß in den deutschen Polizei-Körpern die Mannschaftebestände weitestens die von dem Versailles Vertrag erlaubten Siffern überschreiten;
2. daß die Munitionsfabriken nur scheinbar auf den Friedensbetrieb umgestellt wurden;
3. daß Deutschland gewisse auf Friedensproduktion umgestellte Fabriken gezwungen hat, Werkzeuge zu verwenden, die es ermöglichen, die betreffenden Fabriken sofort wieder für die Herstellung von Kriegsmaterial zu verwenden;
4. daß Deutschland in allen Fällen, in denen es staatliche Unternehmungen an die Privatindustrie übertrug, den für Privatisierung Bedingungen auferlegte, die die erneute Uebernahme dieser Fabriken durch die deutsche Regierung ermöglichen;
5. der Große Deutsche Generalstab ist heimlich wiederhergestellt worden.

In einigen Fällen, führt der Schlussbericht aus, müsse der gute Wille des Reiches offen zugegeben werden, so, was die heimliche Herstellung von 30 000 Gewehrläufen anbelange. Man habe den Eindruck, daß das Reich von dem Vorhandensein dieser Gewehrläufe tatsächlich nichts gewußt und die Polizei mit Nachforschungen beauftragt habe. Es müsse auch zugegeben werden, daß gewisse der festgestellten Verfehlungen nicht besonders schwerwiegend seien und ihre Wiederholung sich vielleicht vermeiden lasse. Was aber sowohl in Paris wie in London als außerordentlich ernst für die Zukunft angesehen werde, sei der Umstand, daß sämtliche von der Kontrollkommission ermittelten Verfehlungen Zweifel an der Aufrichtigkeit des Reiches entziehen lassen und den offenkundigen Beweis erbrachten, daß Deutschland nach wie vor von der Vorkriegsmilitarität beherrscht werde.

Zu viel Ehrlichkeit.

Die Abendzeitungen knallten die Sensationen des Tages heraus, als ich folgendes kleines Erlebnis hatte:

Am Börsenbogen um Geschäftsabschluss: die Straßenkreuzung vor Menschen. Am Zeitungskiosk laufe ich für 20 Pf. ein illustriertes Blatt; die Verkäuferin reicht es mir; ich gebe einen Zweimarktschein, auf den sie übertrieben genau zählend 18 Groschenstücke herausgibt. Ich habe die Hand mit den Geldstücken noch ausgestreckt, will eilig weiter, als ein ebenso Eiliger mich im Wenden fängt, und — die ganze Messingherrlichkeit klirrend zu Boden fällt, in den dunklen Schmutz. Mit einem halbblauen Tuch über die Ungeheuerlichkeit des verlegten Stämmchens läufe ich mich, um aufzurufen, was nach allen Seiten auseinandergerollt ist. Ein Duzend Hände und Augen sucht mich, am eifrigsten natürlich mein „Prellbock“ und ich. Blödsinn frage ich mich, wieviel mich fehlen — denn daß ein paar Groschen fehlen würden, war mir klar. Endlich sind wir soweit; nichts Selbes mehr zu sehen; drei, vier eilige Menschen reichen mir noch einige schmutzige Stücke. Der „Prellbock“ bittet nochmals um Entschuldigung und verschwindet und nun zähle ich gespannt nach — und siehe etwas Höchst Wertwürdiges fest: 18 Groschenstücke hatte ich verloren; in meiner Hand aber lagen nun — 19 Groschenstücke und (das war das Werkstück!) ein Scher!

Revolverblätter sprachen schrill über Unmoral, Morde, Unterstellungen, Verleumdungen usw. und schloßen daraus, ich lasse sie schreien! Ich finde, wo so viel Ehrlichkeit sogar einen Groschen mehr findet, als man verlieren hat, und einen Scher noch dazu, da kann es eigentlich gar nicht so schlimm sein. Dickens, Landans Reporter und Davids Dichter, hatte demots recht: „Die kleinen Straßenverleumdungen sagen manchmal mehr als die größten Sensationen!“

Herr Wachtmeister, ich will sterben!

Am Donnerstag nachmittag ist sich beim Transport in das Polizeigefängnis Schöneberg ein gewisser Herbert Senft plötzlich von dem ihn führenden Polizeiwachtmeister los und stürzte sich einem gerade daherkommenden, in schneller Fahrt befindlichen Autobus der Linie 5 entgegen mit dem Warten: Herr Wachtmeister, ich will sterben! Der Führer konnte, obgleich er mit voller Kraft bremste, den Wagen nicht mehr zum Stehen bringen und die Bordränder gingen über den Bedauernswerten hinweg. Etwa dreißig Personen hoben sofort den Autobus an,

um den Ueberfahrenen aus seiner entsetzlichen Lage zu befreien; er hatte einen rechten Ober- und Unterschenkelbruch davongetragen und wurde bei voller Besinnung in das Augusta-Viktoria-Krankenhaus eingeliefert.

Die neuesten Verkehrsprojekte.

Weiterbau der UEG-Schnellbahn. — Untertunnelungen.

In der gestrigen Verkehrsdebatte in der Berliner Stadtverordnetenversammlung hatte der Delegierte des Verkehrsvereins, Stadtbaurat Dr. Adler, wie mitgeteilt, Andeutungen über die Projekte des Magistrats zur Behebung der Berliner Verkehrsverhältnisse gemacht und dabei betont, daß alsbaldige Abhilfe nur durch den schleunigen Bau weiterer Untertunnelungen und durch Schaffung von Entlastungsstraßen für die Hauptverkehrsachsen geschaffen werden könnte. Dr. Adler kündigte in dieser Richtung zwei Vorlagen des Magistrats an, die der Stadtverordnetenversammlung zur Beschlußfassung alsbald zugehen werden.

Die eine Vorlage betrifft, wie wir hierzu erfahren, die sofortige Wiederaufnahme der Bauten an der UEG-Schnellbahn zwecks schleunigster Fertigstellung dieser wichtigen Untertunnelungstrecke. Dieses Schnellbahnprojekt ist inzwischen auf Grund der mit der Nord-Südbahn gemachten Erfahrungen in technischer Hinsicht wesentlich verbessert worden, zum Teil hat auch die Linienführung kleine Veränderungen erfahren. Vor allen Dingen hat man den Plan, den nördlichen Teil der UEG-Schnellbahn in der Badstraße am Gesundbrunnen als Hochbahn zu bauen, fallen lassen und wird die Strecke auch dort als Untertunnelung führen. Weitere Verbesserungen betreffen die Anordnung der Ein- und Ausgänge an den Haltestellen. Eine wesentliche Erleichterung für den Weiterbau der UEG-Bahn in der Richtung auf Neukölln verspricht man sich von der geplanten Zuschüttung des Luisenstädtischen Kanals, wodurch die vorgesehene Untertunnelung des Kanals an der Dramenbrücke, bis zu der ein Teil der Untertunnelungstrecke bereits fertiggestellt ist, erpaßt werden wird, was selbstverständlich eine erhebliche Verringerung der Lasten bedeuten würde. Die Vorlage des Magistrats wird zunächst einen größeren Vorstoß für den Weiterbau der UEG-Schnellbahn verlangen, während die Einzelheiten der Finanzierung dann dem Ausschuss der Stadtverordnetenversammlung überlassen werden sollen. In diesem Zusammenhang sei übrigens darauf hingewiesen, daß die Frage der Zuschüttung des Luisenstädtischen Kanals noch nicht endgültig geregelt ist, da die Verhandlungen mit den zuständigen Reichsbehörden nach schwebender Möglichkeit wird nur einzelne Abschnitte des Kanals zuschütten, andere Teile dagegen einer anderweitigen Verwendung zuzuführen, wobei man z. B. an die Anlage unterirdischer Garagen in dem Kanalbett denkt.

Die zweite Vorlage des Magistrats an die Stadtverordnetenversammlung betrifft die Schaffung einer Entlastungsstraße im Südwesten zugunsten des Potsdamer Platzes, und zwar handelt es sich um die alsbaldige Durchführung des allen Projekt der Untertunnelung des Potsdamer Güterbahnhofsgebietes im Zuge der Kurfürsten- und Schöneberger Straße. Man hat das hierfür seit langen Jahren bestehende Projekt des Stadtbaurats Krause wieder aufgenommen und unter Berücksichtigung neuester Verkehrsverhältnisse bearbeitet und verbessert. Geplant ist die Anlage eines etwa 500 Meter langen Tunnels, der in gerader Linie die Kurfürstenstraße mit der Schöneberger Straße verbinden soll und der so breit und hoch gebaut werden wird, daß er nicht nur für den gewöhnlichen Wagen- und Fußgängerverkehr, sondern auch für Straßenbahnen und Autobusse in Frage kommen wird. Auf diese Weise wird eine direkte Verbindung zwischen dem alten Berliner Westen und dem Anhalter Bahnhof unter Ausschaltung des Potsdamer Platzes geschaffen, was für diesen eine wesentliche Verkehrsverlebung bedeuten würde. Auch dieses Projekt soll unzerzählich in Angriff genommen werden, wenn die Stadtverordnetenversammlung ihre Zustimmung gibt und die notwendigen Mittel bewilligt. Die Eisenbahnverwaltung hatte bereits seitherzeit das Projekt des Stadtbaurats Krause genehmigt und dürfte auch jetzt kaum irgendwelche Einwendungen gegen die Untertunnelung des Bahngeländes erheben.

Aushebung eines Schwindelkonzerns.

Verhaftungen in Berlin und Hamburg.

Anfang dieses Jahres wurde die Firma Schöpe u. Niemann in der Jägerstraße 19 von der Kriminalpolizei geschlossen und unmittelbar darauf auch die Firma Im- und Export von Kleiner G. m. b. H. Es handelte sich um einen ausgedehnten Warenschwindel. Jetzt sind die Ermittlungen der Kriminalpolizei in der Angelegenheit dieses Schwindelkonzerns zu einem gewissen Abschluß gelangt.

Außer den beiden genannten Berliner Firmen wurden die Firmen Brud., Nathenamer Straße, Im- und Export, Leder- und Textil-Gesellschaft m. b. H., An der Schleuse 5a und die Firma Schulz, Silesel und Leder, Unter den Linden 43, geschlossen. Die Firmen Nordico und Curjahr, beide in Hamburg, wurden von der dortigen Kriminalpolizei geschlossen. Verschiedene Geschäftsführer dieser Firmen, so von der Leder- und Textil-G. m. b. H., zwei Angestellte namens Friede und Günther und Schulz von der Firma Unter den Linden wurden vorläufig festgenommen. Schulz mußte von der Verhaftung wohl schon „Wind“ bekommen haben, denn als die Kriminalbeamten bei ihm eintraten, hatte er Rechnungen und andere Geschäftspapiere in der Mitte seines Kontors ausgebreitet, nach Art der gewerbmäßigen Verdächtige beschmuht und angezündet. Das Feuer wurde aber rasch gelöscht und manches ihn stark belastende Material noch unter diesen Papieren gefunden. Das Geschäftsprinzip dieser Firmen bestand darin, Waren aus Kredit einzukaufen, diese gegen bar Geld zu verschleudern und das so gewonnene Geld teils zur Aufrechterhaltung der Firma, teils für private Zwecke zu verbrauchen. Die Firmen gaben untereinander stets gute Referenzen. Ein Bankhaus Unter den Linden hatte der Firma Schöpe u. Niemann leistungsgemäß einen Wechselkredit über 500 000 M. ausgestellt, ohne sich vorher genau zu erkundigen. Mitteilungen von Geschädigten sowie von Firmen oder Geldleuten, die mit den oben genannten Firmen in Verbindung gestanden haben, werden ersucht, sich bei Kriminalkommissar Hartwig, Dienststelle C. 8, Zimmer 3 und 6 im Polizeipräsidium in der Georgenstraße 30 zu melden.

Neue Milchpreisfestsetzung.

Der Magistrat Berlin teilt mit: Die Verhandlungen mit der Landwirtschaft haben zu einer anderen Berechnungsmethode geführt, so daß trotz unveränderter Butterpreise eine weitere Senkung der Milchpreise möglich ist. Diese betragen von Sonnabend, den 24. Januar ab für 1 Liter Vollmilch ab Laden des Kleinhandlers 28 Pf. für 1 Liter Vollmilch ab Berliner Kuhstall 31 Pf. Der Preis für Magermilch bleibt unverändert auf 10 Pf. je Liter bestehen.

Jugentleistung auf der Strecke Alexanderplatz-Schlesischer Bahnhof. Um 6.08 Uhr engleiste heute morgen auf der Strecke Schlesischer Bahnhof-Alexanderplatz bei Umsetzung der hinteren Wagen eines aus Strausberg kommenden Leertzuges. Durch zeitweilige Sperrung der Ferngleise erstritten daher die D-Züge der Strecke erhebliche Verspätungen. Um 9 Uhr waren beide Gleise wieder frei.

Für die internationale polizeitechnische Ausstellung, die vom 7. bis 21. Juni d. J. in Karlsruhe stattfinden wird, werden auch in Preußen bereits umfassende Vorbereitungen getroffen. Mit der gesamten preussischen wird im besonderen auch die Berliner Polizei auf allen Gebieten stark vertreten sein. Die Ausstellungsleitung hat ihren Sitz in Karlsruhe, Kaiser-Friedrich-Str. 17. Kommissar für Preußen ist Regierungsrat Dr. Hagemann beim Berliner Polizeipräsidium. Damit die Einheitslichkeit gewahrt wird, erteilt er bis zum 15. Februar d. J. Anordnungen mit ausführlicher Beschreibung der anzuführenden Gegenstände.

Sprechchor für proletarische Feiertunden. Nächste außerordentliche Übungsstunde am Sonnabend, den 24. Januar, abends 7 Uhr, im Belegsaal der Sophienhufe, Weinmeisterstraße 16/17.

Dr. Magnus Hirschfeld spricht Mittwoch, den 23. Januar, abends 8 Uhr, in der Aula Georgenstr. 30 (nahe Bahnhof Friedrichstr.), über das Thema: „Was die Frau wissen muß“. Der Eintritt zu diesem Vortrag ist nur Frauen und Mädchen gestattet.

Das deutsche Volk im Gewande des Volksliedes. Unter diesem Motto veranstaltet das Volkshilfsamt Wedding am Sonntag, 25. d. M., in der Schulaula Grünhalders Str. 6, einen Kunstabend, dessen Durchführung Frau Dr. Riara Pratt übernommen hat. Sie bringt Volkslieder aller Zeiten zum Vortrag. Eintritt 50 Pf.

Ein von den Allen, der Genosse Hermann Fischer, Leiter der „Sozialist.“-Zelle, Pankowstr. 7, wird heute 60 Jahre. Fischer, der seit im 3. Kreise Wedding tätig ist, war früher eines der eifrigsten Mitglieder der Schöneberger Partei und der alten Kreisorganisation Leitungs-Beschluss.

„Doff und Zeit“, unsere illustrierte Wochenschrift, liegt der heutigen Postausgabe bei.

Schweres Bergungsglück in Bochum.

Explosion schlagender Wetter — 7 Arbeiter tot.

Heute früh 4.45 Uhr erfolgte aus einer bisher noch unbekannt Ursache eine Explosion schlagender Wetter im Aufstau des Flözes 36 der 8. Ostlichen Abteilung auf der 615-Meter-Sohle der Schachtanlage Hannibal I. Die Explosion pflanzte sich auf dem Aufstauen in dem Abteilungsquerschnitt bis auf eine Entfernung von 200 Meter fort. Die Explosionsflamme wurde durch die erste Gesteinsaufschicht aufgehalten. Es verunglückten 7 Arbeiter tödlich, von denen bereits 2 geborgen werden konnten, die anderen 5 werden noch vermißt. Die Bergungs- sowie die Aufräumungsarbeiten wurden sofort aufgenommen.

Parteinachrichten für Groß-Berlin

Einladungen für diese Rubrik sind stets an das Sekretariat, L. Sol. 2 Kreuz, rechts, zu richten.

Jungsozialisten. Gruppe Pankow. Erste Freitag abend 8 Uhr, politische Aussprache im bekannten Lokal.

Sterbetafel der Groß-Berliner Partei-Organisation

M. Abt. Die Genossin Pauline Rubert, Veltensstraße 11, ist im Alter von 60 Jahren verstorben. Die Beerdigung findet Sonnabend, den 24. Januar, nachm. 3 Uhr, von der Halle des Zentralbüros in Friedrichstraße statt.

Geschäftliche Mitteilungen.

Jeder Stiefelkäufer weiß, daß die Stiefel der Fa. Hans Pöhl, Schöneberg 7 (vor der Brücke) zuverlässig, unermüdbare Qualitätsstiefel sind. Während des Inventurwechsels werden Sportstiefel, Straßenstiefel, Stiefel, zu sehr günstigen Preisen gelassen.

Gewerkschaftsbewegung

Tarifabschluss der Buchdrucker.

Die Tarifverhandlungen der Buchdrucker, die sich sehr schwierig gestaltet, sind jetzt zum Abschluß gebracht worden. Ueber das Ergebnis dieser Verhandlungen berichtet der Bauvorsitzende Braun in der gestrigen Generalversammlung der Berliner Buchdrucker. Nach einem kurzen Rückblick führte der Redner aus, daß sich das Unternehmertum besonders im letzten Jahre der Arbeitnehmerschaft in allen auch noch so berechtigten Forderungen geschloßen und hartnäckig entgegenstellte. Um jeden einzelnen Paragraphen entspann sich daher auch bei den Tarifverhandlungen ein heißer Kampf. Neben einigen kleinen Verbesserungen konnten im großen und ganzen bestehende Bestimmungen aufrechterhalten werden. So war es möglich, die von den Unternehmern mit aller Zähigkeit verfolgte Kontrolle der Arbeitszeit nach amerikanischem Muster abzuwehren. In der Frage der Leistung von Mehrstunden ohne entsprechende Bezahlung sieht der neue Tarif geringe Verbesserungen vor. Seit langem geht das Bestreben der Unternehmer dahin, auch im Buchdruckgewerbe den Stundenlohn einzuführen. Dennoch ist es den Gewerkschaften gelungen, die wöchentliche Entlohnung wieder tariflich festzulegen. Zugleich ist ein lange gehegter Wunsch der Arbeitnehmer durch den Tarif erfüllt.

Fortfall der verschiedenen Entlohnung von Ledigen und Verheirateten

in Erfüllung gegangen. Es bleiben nur noch Altersklassen bestehen. Für Maschinenführer und Korrektoren sind die Prozentauschläge erhöht worden. Die bisherige gegenseitige Kündigungskritik, die Feiertagsbezahlung und die Ferien bleiben bestehen. Nach dem neuen Tarif muß der Krankenzugang bei Betriebsunfällen für eine längere Zeit gemindert werden. Während bei der Beurlaubung Verleumdungen mit in den Kauf genommen werden mußten, wurde eine Erhöhung des Kostgeldes durchgesetzt. Einen sehr umstrittenen Punkt bildete eine Protokollerklärung, nach welcher bei Mangel an geeigneten Arbeitskräften (beispielsweise für Rotationsmaschinen) Hilfsarbeiter bei entsprechender Bezahlung angeleitet werden können. Die Prinzipale sind neuerdings wieder dazu übergegangen, schwarze Listen von Kollegen anzulegen, die ihre Kondition zum Zweck der Erzielung eines höheren Lohnes gewechselt haben. Die Lohnverhandlungen, die neben den Verhandlungen über den Manteltarif geführt wurden, haben nun zu dem einen Ergebnis geführt, daß vom 28. Februar ab

zwei Mark Lohnzulage in der Spitze

gezahlt werden. Der Manteltarif tritt am 1. Februar in Kraft und hat für 13 Monate Geltung. Die Buchdrucker werden bei der

Abstimmung am 10. Februar

über Annahme oder Ablehnung des Tarifs, eine Frage von weittragender Bedeutung, zu entscheiden haben. Das Leitmotiv der Ausführungen des Bauvorsitzenden Braun war, daß man ein einigermaßen annehmbares Ergebnis einem zweifelhaften Kampf vorgezogen hat. Der Redner empfahl schließlich unter lebhaften Zwischenrufen die Annahme der getroffenen Vereinbarungen.

In der sehr ausgedehnten Debatte wurde hauptsächlich gegen die angeführte Protokollerklärung Sturm gelaufen. Die meisten Redner empfahlen die Ablehnung des Tarifs. Von einem Zentralvorstandsmittglied sowie von Schleifer wurde darauf hingewiesen, daß man den neuen Tarif nicht nur danach betrachten soll, was erreicht worden ist, sondern auch daraufhin, was an geplanten Verschlechterungen verhindert werden konnte.

Ein Antrag, den Tarif abzulehnen und auch für die Abstimmung die Ablehnung zu empfehlen, wurde mit großer Mehrheit abgelehnt.

Die Gehaltsfrage der Bankangestellten.

Der Reichsverband der Bankleitungen hat am 22. Januar der Tagespresse die Nachricht übergeben, daß für die Gehaltszahlung im Bankgewerbe allein maßgebend der in freier Vereinbarung zustandekomme Gehaltsstapel vom 22. Dezember 1924 sei. Demgegenüber legt der Allgemeine Verband der deutschen Bankangestellten Wert darauf, zu betonen, daß dieser Gehaltsstapel lediglich vom Deutschen Bankverein und vom Frankfurter Kassensachverständigenverein angenommen worden ist, daß dagegen der Allgemeine Verband der deutschen Bankangestellten sowohl im Reichsverband als auch in der Reichsarbeitsverwaltung gegen diese Vereinbarungen den Kampf führt.

